

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 39 (1959-1960)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Student und Politik  
**Autor:** Streiff, Ullin  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-160930>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Gibraltar nicht nur Marokko, sondern den ganzen Westen in Gefahr bringen würde. Die Aussicht auf eine autoritäre Republik nach dem Muster derjenigen von Tunis, die, wie man versichert, die Gunst der Vereinigten Staaten besäße, wäre ebenso wenig beruhigend oder zuträglich für die Bevölkerung des Maghreb. Es bleibt also zu wünschen, daß die vorrevolutionäre Lage, eine Folge der inneren Krise, die wir beschrieben haben, bald entwirrt werde von Mohammed V., der letzten Hoffnung und Zuflucht des heute bedrohten scherifischen Königreichs.

## STUDENT UND POLITIK

VON ULLIN STREIFF<sup>1</sup>

Daß sich die Studenten *zu wenig* um Politik kümmern, gilt als Binsenwahrheit. Seit Jahrzehnten wird schon diskutiert, wie man dieser Interesselosigkeit begegnen könne, offensichtlich ohne großen Erfolg. Wir glauben, daß wir uns vorher Rechenschaft geben müssen, ob denn dieser Vorwurf an die Studenten berechtigt sei. Wo kann sich überhaupt das studentische Interesse für politische Fragen ausdrücken?

In erster Linie mißt man die politische Interessiertheit der Studenten an der Wirksamkeit ihrer offiziellen oder freien Organisationen. Eine genauere Untersuchung muß aber auch fragen, wie weit sich die Masse der Studenten daran beteiligt. Ferner gilt es, jenen Organisationen nachzugehen, die nur die Vorbereitung ihrer Mitglieder auf eine künftige politische Tätigkeit bezwecken. Innerhalb des akademischen Betriebes kann der Einzelstudent außerdem an politischen Diskussionen mitwirken und Vorlesungen mit politischer Problemstellung besuchen; auch außerhalb des Betriebes kann er sich politisch betätigen. Wir wollen versuchen, bei den *Tatsachen* Aufschluß über den Umfang seiner Tätigkeit zu finden. Ich stütze mich dabei auf die mir allein vertrauten Verhältnisse in Zürich und nehme an, daß sie im schweizerischen Rahmen bleiben, da Zürich mit seinen über 5000 Studenten fast einen Drittel aller schweizerischer Studenten beherbergt.

---

<sup>1</sup> Wesentliche Anregungen zum vorliegenden Aufsatz empfing der Verfasser von Herrn Jörg Thalmann.

## *Die studentischen Organisationen*

Die *offiziellen* studentischen Organisationen sind durch ihre Statuten zu politischer Neutralität verpflichtet. Zu grundsätzlichen Problemen nehmen sie deshalb ungern, zu innenpolitischen Tagesfragen sozusagen nie Stellung. Nur wo über studentische Interessen entschieden werden soll, wie in den Fragen der Stipendien, der Lehrplangestaltung und der Unterkunft, vertreten sie regelmäßig ihren Standpunkt. Eingaben an die Behörden, Communiqués und Presseartikel finden meist kein großes Echo. Ein *Recht* auf Mitsprache haben sie nicht einmal in den Angelegenheiten der eigenen Universität. Die Begrüßung der Studenten ist in das Belieben der Rektorate gestellt; es findet immerhin gewöhnlich statt. (Es ist recht interessant, daß in der freien Universität Berlin, in dieser politisch besonders wachen Stadt, die Studenten neben der Stadtverwaltung und den Fakultäten im Kuratorium der Universität — welches unserer Hochschulkommission entspricht — vertreten sind.) Ohne Änderung der genannten Voraussetzungen kann man also nicht erwarten, daß die offiziellen Studentenorganisationen auf politischem Gebiet stärker in Erscheinung treten als bisher.

Den *freien* studentischen Organisationen ist keine Neutralität auferlegt. Dennoch ist ihre Wirksamkeit unbestrittenermaßen gering. Die Mehrzahl der auf politische Ziele ausgerichteten Organisationen bezweckt nämlich weniger Wirkung nach außen als Schulung ihrer Mitglieder. In den letzten Jahren ist mit politischer Zielsetzung eigentlich nur die Europa-Aktion an die Öffentlichkeit getreten.

Darf man diese Reserve den Studenten zum *Vorwurf* machen? Mir scheint, dieser Verzicht auf sichtbare Aktivität entspreche durchaus der Situation des Studenten, dessen ganze Tätigkeit ja auf die Aneignung von Kenntnissen gerichtet ist.

Wir sehen also, daß das Interesse der Studenten an der Politik sich nur sehr beschränkt in der Wirksamkeit nach außen ausdrückt, welche der Außenstehende meist allein zu ihrem Maßstab macht. Einen sichereren Anhaltspunkt gibt das *Ausmaß der Mitarbeit* der Studenten in jenen Organisationen, die politisches Interesse fordern.

Betrachten wir die *Mitgliederzahlen*. Die sozialistische Studentengruppe ist klein. Die liberale Studentenschaft hat mit dreißig Mitgliedern momentan einen Höchststand erreicht. An der «Studiengemeinschaft für Ostprobleme» beteiligen sich etwa zehn Studenten. Gleich viele arbeiten aktiv in der Europa-Aktion mit, unterstützt durch an die fünfzig sporadische Helfer. Den politisch interessierten Studentengruppen sind die Zofinger mit momentan 85 Mitgliedern und wohl auch einige weitere farbentragenden Verbindungen zuzurechnen; wenigstens steht bei 8 der 13 dem Korporationenverband angehörenden Verbindungen das Wort «Vaterland» in der Devise. Die Korporationen zählen insgesamt 400

Mitglieder. An den anderen Universitäten ist ihr Prozentsatz um einiges höher.

Es darf sodann nicht übersehen werden, daß auch die *studentische Selbstverwaltung* — ähnlich unseren Gemeinden — eine wertvolle Keimzelle politischer Verantwortung bildet. Hier bekleiden mit durchschnittlich fast jährlichem Wechsel gegen 300 Studenten Ämter in Exkutive, Parlament und Kommissionen.

Dieser Überblick zeigt, daß *rund 20%* der Studenten aktiv in studentischen Organisationen politisch tätig sind. Diese Zahl entspricht ziemlich genau dem Prozentsatz der Parteimitglieder in der Schweiz. Verglichen mit den Gleichaltrigen anderer Berufe ist die Anteilnahme der Studenten an der Politik sogar fraglos *überdurchschnittlich*.

### *Der einzelne Student*

In der Universität finden *Vorlesungen und Seminarien* über politische Themen statt, die in der Regel nicht zu den Pflichtfächern gehören. Die Teilnahme ist dennoch meist zufriedenstellend. Das gilt beispielsweise von den fünf Seminarien über den Europa-Gedanken, die letztes Jahr in Zusammenarbeit der verschiedenen Fakultäten auf Anregung der Europa-Aktion durchgeführt wurden, oder von der im Sommer 1958 abgehaltenen Vorlesung über Staatsformen und Staatsideen im 20. Jahrhundert. Hörer anderer Fakultäten nehmen an solchen Vorlesungen aber selten teil. Man muß freilich daran erinnern, daß in der Zwischenkriegszeit die Vorlesungen von Fritz Fleiner und von Karl Meyer stets in überfüllten Hörsälen stattfanden.

Es läßt sich schwer Genaues über die Intensität und Häufigkeit *politischer Diskussionen* in den Wandelgängen und in der Unibar aussagen. Nur über die Arbeitsgemeinschaften, in welchen aktuelle Fragen am runden Tisch, unter Mitwirkung bedeutender Fachleute, erörtert werden, bestehen zuverlässige Angaben. Die Beanspruchung beträgt während eines Semesters einen Abend wöchentlich. Im Sommersemester 1958 waren zehn Arbeitsgemeinschaften ausgeschrieben. Vier befaßten sich mit politischen, die übrigen mit kulturellen, religiösen und medizinischen Problemen. Von den 115 Anmeldungen entfielen auf die politischen Themen durchschnittlich sieben, fünfzehn auf die übrigen.

*Abstimmungen* innerhalb der Universität sind selten und die Stimmbeteiligung wahrscheinlich deswegen gering. An einer Urabstimmung über eine Erhöhung des Studiengeldes nahmen 10% der Studierenden teil, den umfangreichen Fragebogen der Europa-Aktion über den europäischen Zusammenschluß und die schweizerische Neutralität füllten 20% aus.

Insbesondere in einer Stadt wie Zürich, in der die Hochschulen kein

bedeutendes Eigenleben führen und es keinen studentisch geprägten Stadtteil gibt, so daß auch ein studentisches Standesbewußtsein weitgehend fehlt, äußert sich das politische Interesse der Studenten oft *fern der Hochschule*. Das ist zunächst der Fall im Rahmen der *politischen Parteien*. Vollständige Unterlagen über die Parteimitgliedschaft von Studenten liegen mir nicht vor. Ich weiß nur, daß der Freisinnigen Partei des Kantons Zürich mehrere hundert Studenten angehören. Da auch heute noch rund zwei Drittel der Studierenden dem Mittelstand entstammen, zudem vor allem weltanschaulich orientierte Parteien den jungen Akademiker anziehen, wirken in anderen Parteien bestimmt weniger Studenten mit. Grob geschätzt werden zwischen 10 und 15% der Studenten Parteimitglieder sein. In den verschiedenen Fraktionen des *Jugendparlamentes* wirken Studenten maßgebend mit.

Manchmal treten Studenten auch als *Kandidaten bei Wahlen* auf, so deren sieben bei den letzten Gemeinderatswahlen in der Stadt Zürich. Es ist keiner gewählt worden. Sie sind vielmehr alle auf der Liste gehörig nach unten gerutscht. Gleichaltrige Kandidaten mit weniger verräterischen Berufsbezeichnungen sind hingegen zum Teil gewählt worden<sup>2</sup>.

Es läßt sich naturgemäß nur schwer abschätzen, wie weit der Student über das Weltgeschehen *informiert* ist. Nach meinen Erfahrungen ist der Durchschnittsstudent über die wichtigsten Ereignisse durchaus orientiert, wenn auch auffällt, daß er sich in seiner ganzen Haltung gern auf die Rolle des Zuschauers beschränkt und sich nicht in die Geschehnisse hineingestellt fühlt. Von regerer Anteilnahme an Ereignissen im Ausland fühlt er sich durch unsere Neutralität dispensiert. Die innenpolitischen Aufgaben scheinen keinen besonderen Einsatz gerade von ihm zu fordern. Auch fühlt er, daß Methoden, wie sie die studentische Agitation in den sogenannten unterentwickelten Ländern anwendet, in unseren schweizerischen Verhältnissen durchaus unangemessen wären. Wo wirklich große Aufgaben Mut und Entschlossenheit verlangen, stehen die Studenten zuvorderst: Sie haben das während des ungarischen Aufstandes gezeigt.

### *Befaßt sich der Student genügend mit Politik?*

Wir haben gesehen, daß die politische Aktivität der Einzelstudenten wie jene studentischer Gruppen durchaus im gesamtschweizerischen Rahmen bleibt, jene der übrigen Jungen deutlich übertrifft. Sollte den Studenten vorgeworfen werden, daß sie sich besonders wenig um politische Fragen kümmern, so würde dies nicht den Tatsachen entsprechen. Das will aber nicht heißen, die ganzen Diskussionen über das Thema

---

<sup>2</sup> Diese Angaben verdanke ich Herrn Dr. Rolf Egli.



«Student und Politik» seien unbegründet. Denn man darf und muß an die Studenten im Politischen *höhere Anforderungen* stellen, weil sie als Akademiker berufen sind, später im politischen Leben eine besondere Rolle zu spielen. Ob sie für diese Positionen genügend vorbereitet sind, kann aber bei der Tragweite der politischen Entscheide für jeden einzelnen Bürger nicht gleichgültig sein.

Gilt es also, Wege zu suchen, um *sämtliche* Studenten aktiv am politischen Leben zu beteiligen? So wünschenswert das auf den ersten Blick scheint, so würde eine solche Zielsetzung doch die menschliche Natur, die natürliche Lebensordnung grob verkennen. Der Vielfalt der Neigungen und Fähigkeiten entspricht eine ungleiche Anteilnahme der Bürger an der Politik. Dieser Einsicht kann sich nur verschließen wer glaubt, die ideale Demokratie lasse sich hundertprozentig verwirklichen. (Nicht einmal die Kommunisten erreichen mit ihren undemokratischen Methoden eine Verpolitisierung des ganzen Lebens.) Es wird auch unter den Studenten immer nur eine *Minderheit* sein, die *aktive* Politik betreiben wird, und unter den übrigen wird man bis zum völlig apolitischen Typ hin alle Schattierungen des politischen Interesses finden. Das muß man ohne jede Wertung einfach feststellen.

Hier, glaube ich, stoßen wir auf den Grund, warum die Klagen über das mangelnde Interesse der Studenten an der Politik nicht weitergeführt haben. Sie münden meist in Appelle an das studentische Pflichtbewußtsein. Damit erreicht man stets nur jene Minderheit, die selber schon politisch wach und sich der Situation durchaus bewußt ist. Solche Bemühungen gehen zwar von einem wirklichen Mangel aus, wollen ihn aber am falschen Orte beheben. Mit Appellen ist den natürlichen Gegebenheiten nicht beizukommen. Es gilt vielmehr, Wege zu suchen, um die Studenten besser als bis jetzt an die Politik *heranzuführen*, besonders jene, die im Grunde genommen politisch interessiert und zur politischen Tätigkeit befähigt wären. Heute nämlich ist es weitgehend dem Zufall überlassen, wo sich der Student seine politischen Kenntnisse holt, ja ob überhaupt alle jene, die dazu befähigt sind, den Zugang zur Politik finden. Manchen bringt *später* der Ehrgeiz oder der Zwang Parteimitglied zu sein, um bestimmte Stellen zu erhalten, in näheren Kontakt mit der Politik, regelmäßig ohne eine solide Vorbereitung auf seine Aufgaben. Doch wir brauchen auch in der Politik *gut ausgebildete* Männer. (Das heißt noch lange nicht den Berufspolitiker fordern.)

### *Welche Maßnahmen versprechen Erfolg?*

Die bisherigen Mittel zur politischen Ausbildung der Studenten waren zu wenig auf seine besondere *Lebenssituation* zugeschnitten. Der vermehrten Mitarbeit in politischen *Organisationen* steht die den Jungen allgemein

eigene Bindungsfeindlichkeit entgegen. Diese wurzelt bei manchen in der Scheu, sich festzulegen, bevor man «das Leben» kennen gelernt hat. Viele andere Studenten erachten ihre Freizeit als so knapp, daß sie es nicht wagen, Bindungen einzugehen, um ihre Studienziele nicht zu gefährden, insbesondere die zahlreichen Werkstudenten und die noch größere Zahl jener, die sich ihr Taschengeld selber verdienen.

Daß sich der Student *von der Politik überhaupt* nicht stärker angezogen fühlt, hat andere Ursachen. Er hängt an konsequenten Lösungen; den für die Schweiz so typischen Kompromiß, diese Frucht der Lebenserfahrung, tut er als Kuhhandel ab. Die ungeheure Schwierigkeit, in gewissen Abstimmungsfragen zu einem zuverlässigen Urteil zu gelangen, läßt ihn daran zweifeln, daß die Entscheide sachgemäß zustande kommen. Meist ist sein Verhältnis zum Staat, zur Gesellschaftsstruktur noch nicht weltanschaulich gefestigt. Das Unpersönliche des Staates, seine Fehlleistungen und Skandale wecken sein Mißtrauen; soweit er aber auf einen sozialen Übelstand in unserer Gesellschaft stößt, sieht er keinen anderen Ausweg, um die ihm richtig scheinende Lösung innert nützlicher Frist durchzusetzen, als staatliche Hilfe zu beanspruchen. So kennzeichnet die Haltung des Studenten zum Staat eine merkwürdige Ambivalenz. All das sind Hindernisse, die zu berücksichtigen sind.

Die studentische Situation besitzt aber auch *Vorteile*, die es zu nützen gilt. Der Student ist meist offener und unabhängiger als seine Altersgenossen, da seine Studienzeit nur ein Durchgangsstadium ist. Zudem ist er in hohem Maße Herr seiner Zeiteinteilung. Vor allem aber geht er noch zur Schule. Damit ist dem Staate, der die Schulprogramme weitgehend regelt, Gelegenheit geboten, seine Probleme an den Studenten *heranzutragen* und so dessen Verständnis zu wecken. Bei den Jugendlichen anderer Berufe müssen sich die Anstrengungen auf den staatsbürgerlichen Unterricht an den Gewerbeschulen und auf die in den Rekrutenschulen seit einigen Jahren erteilten staatsbürgerlichen Theoriestunden beschränken. Ohne übermäßige Anstrengungen läßt sich hingegen an den Mittel- und Hochschulen bei vielen ein echtes Interesse für die Organisation der menschlichen Gesellschaft wecken, politisches Verständnis pflanzen. Um dieses Interesse zu entfachen, eignen sich anscheinend besonders die Vergleiche mit den Staaten des Ostblocks. Die Erfahrungen mit den antikommunistischen Ausstellungen zeigen das. Wie wichtig für die Dokumentation und Aufklärung dabei ein *Osteuropa-Institut* ist, wie dasjenige unter der Leitung von Dr. *Sager* in Bern, kann nicht genug hervorgehoben werden.

In der *Mittelschule* beschränken sich die Möglichkeiten nicht bloß auf die Einführung oder Ausdehnung der Staatsbürgerkunde. Auch eine Verbesserung der Didaktik, mit dem Ziele, das Staatsgeschehen lebendig werden zu lassen, würde nicht ausreichen. Vielmehr sollte *die ganze Unterrichtsgestaltung* darauf ausgerichtet werden, das selbständige Denken

der Jugendlichen zu fördern, ihr Interesse zu wecken und sie den Möglichkeiten und Problemen unserer Zeit zu öffnen.

Beim *volljährigen Studenten* scheint die Mitarbeit in einer *Partei* das naheliegendste Mittel zur politischen Ausbildung zu sein. Entsprechende Bemühungen der Parteien sind nicht ganz aussichtslos. So sind im Rahmen einer Werbeaktion sechzehn Studenten der Freisinnigen Kreispartei Zürich 7 beigetreten, was 20% der Neueintritte ausmachte. Die Mehrzahl auch nur der Befähigten wird man so aber nie erfassen. Mit dem Beitritt in eine Partei setzt zudem eine einseitige Beeinflussung ein.

Eine viel breitere Wirkung verspricht hingegen eine Maßnahme, die von der *Hochschule* selber ausgehen könnte, die zudem von Einseitigkeit frei und mit gutem Willen durchaus realisierbar wäre: *Die Einführung der politischen Wissenschaften an den schweizerischen Hochschulen*. Diese im Ausland entwickelte Disziplin steht zwischen der politischen Philosophie, dem Staatsrecht, der modernen Geschichte, der Soziologie und der Nationalökonomie. In längerer Entwicklung hat sich in ihr mehr und mehr die empirisch orientierte Richtung durchgesetzt, die sich mit konkreten politischen Problemen und den spezifischen Wegen zu ihrer Lösung befaßt. Ähnlich wie die Nationalökonomie vor wenigen Jahrzehnten um ihre Anerkennung als Wissenschaft zu kämpfen hatte, muß sich heute die *political science* gegen den Widerstand vieler Vertreter der älteren Wissenschaften für ihre Aufnahme in den Lehrplan der Universität wehren.

Nachdem erfreulicherweise seit etlichen Jahren immer wieder Dozenten am Rande ihres Fachgebietes sich mit politischen Themen beschäftigt haben, glauben die Studentenvertreter beispielsweise in Zürich heute den Zeitpunkt gekommen, um die *politischen Wissenschaften als eigentliche Disziplin* einzuführen. Zu welchen Ergebnissen der dahinzielende Vorstoß der Studentenschaft führen wird, läßt sich heute noch nicht absehen. Jedenfalls gilt die Erkenntnis, die in den letzten Jahren im Ausland Allgemeingut geworden ist, daß ein so wichtiger Teil des praktischen Lebens wie die Politik auch für die Schweiz nicht ohne wissenschaftliche Durchleuchtung und Befruchtung auskommen kann. Von einer solchen Erweiterung der Universität gingen auch auf den einzelnen Studenten wertvolle Impulse aus, die ihm helfen würden, sein Verhältnis zum Staat, ein unerläßlicher Bestandteil seiner Weltanschauung, zu klären.

Solange solche *naheliegenden* Maßnahmen nicht getroffen worden sind, sind Klagen über die politische Uninteressiertheit der Studenten müßig. Vielmehr sollte man die aufgezeigten Aufgaben energisch anpacken; sie brauchen und verdienen unseren Einsatz.